



STREIFLICH

Information der Freien Wähler FW Gemeinde Neufahrn e.V.

Gemeinderat gibt sich neuen rechtlichen Rahmen

Lange hat es gedauert, bis der neu gewählte Gemeinderat seine rechtliche Grundlage, die neue Geschäftsordnung verabschiedet hat. Die Rathausverwaltung hat sich viel Arbeit gemacht, um den Anforderungen und Wünschen einiger Fraktionen und Räte gerecht zu werden. Alle konnte man aber nicht zufrieden stellen, so dass eine Fraktion nicht nur Bedenken geäußert hat, sondern gleich die ganze Geschäftsordnung abgelehnt hat. Schade, denn die Rathausmitarbeiter haben viel Arbeit in dieses Werk gesteckt. Die Vorschriften beruhen auf einer rechtlich sauberen Basis und ohne Geschäftsordnung kann kein Kommunalgremium arbeiten.

Mehrkosten und spätere Fertigstellung bei der Grundschule II

Die Grundschule II am Fürholzer Weg wird teurer als ursprünglich geplant. Frau Schinko von den Projektüberwachern „Drees und Sommer“ hat dies in der Januar-Sitzung bekannt gegeben. Es konnte zwar bei zahlreichen Vergaben an Handwerksfirmen Geld gespart werden, dennoch muss mit Mehrkosten von mindestens 596.000 € gerechnet werden. Diese sind dadurch begründet, dass sich die Honorarordnung für Architekten geändert hat und diese künftig mehr für ihre noch ausstehenden Leistungen berechnen dürfen. Außerdem waren zusätzliche Architektenleistungen erforderlich und es entstanden erhebliche Mehrkosten durch den Wechsel des Fachplaners bei der Gebäudetechnik. Kaum ins Gewicht fallen dagegen Zusatzleistungen und unvorhersehbare Maßnahmen bei der Bauabwicklung. Resümee der Mehrkosten: Eine halbe Million Euro zusätzliche Ausgaben für die Planungsleistungen!!!

Die Fertigstellung war ursprünglich für das Jahr 2014 anvisiert. Aufgrund der umfangreichen Planung hat man sich bereits vor gut einem Jahr auf eine Inbetriebnahme zum Schuljahreswechsel im September 2015 verständigt. Heutiger Stand für die geplante Fertigstellung: frühestens Juni 2016.

Nein zur Erhöhung der Entschädigungen

Der Gemeinderat hat im Januar beschlossen, die Bezüge für die Ratsmitglieder zu erhöhen. So steigen die Unkostenpauschale für Gemeinderäte und Fraktionssprecher von 60 € auf 70 € und die Sitzungsgelder von 40 € auf 50 €. Wir von den Freien Wählern haben gegen diese Erhöhung gestimmt. Wir sind der Meinung, dass wir für unsere Tätigkeit angemessen entschädigt werden und die Aufgabe auch wirklich ehrenamtlich machen wollen.

Keine Asylbewerber-Sammelunterkunft in Neufahrn

Im März 2014 hat der Gemeinderat beschlossen, dass der Landkreis auf einem gemeindeeigenen Grundstück nördlich der Bahn ein mobiles Asylbewerberheim errichten darf. Diese Entscheidung hat der Gemeinderat nun rückgängig gemacht. Laut Aussage von zwei Gemeinderäten in der Januar-Sitzung sei die Lage bei den Asylbewerbern nach Rückfrage beim Landratsamt nicht mehr so

angespannt, wie noch vor einem Jahr. Ein paar Tage nach dieser Entscheidung gab das Landratsamt jedoch die Meldung heraus, dass sich in diesem Jahr die Lage für die Asylbewerberunterkünfte deutlich zuspitzen wird. Die Anzahl der Asylanter im Landkreis wird sich binnen Jahresfrist verdoppeln. Größere Einheiten werden somit doch dringend benötigt, gemäß den jüngsten Aussagen des Landrats.

Was soll mit dem Grundstück nördlich der Bahn nun passieren? Die Gemeinde braucht immer wieder für Notlagen von Familien (Räumungsklagen, Eigenbedarfskündigungen etc.) Wohnraum. Nun soll die Verwaltung überprüfen, ob auf der Fläche Einfachstwohnungen für Bedürftige errichtet werden können.

Aus eins mach zwei

Im Januar wurde die Nachfolge für die aus dem Gemeinderat ausgeschiedene Integrationsreferentin Kathrin Bernhard geregelt. Nun wird das im Mai 2014 neu geschaffene Referat von zwei Personen geleitet. Frau Ulrike Gietl und Herr Selahattin Sen werden die Aufgabe gemeinsam übernehmen. Frau Gietl wurde formell als Integrationsreferentin bestellt.

Mehr Geld für ErzieherInnen, KinderpflegerInnen und SozialpädagogInnen

Die Gemeinde gewährt künftig den oben genannten Mitarbeitern eine Arbeitsmarktzulage. Uns Freien Wählern war wichtig, dass diese Zulage nicht nur den MitarbeiterInnen der gemeindlichen Einrichtungen sondern auch dem Personal der Kindertagesstätten unserer frei gemeinnützigen Träger, also Lebenshilfe, Diakonie und Rotes Kreuz gewährt wird. Unser Fraktionssprecher Sepp Eschlwech plädierte dafür, dass die KinderpflegerInnen den gleichen Euro-Betrag an Erhöhung bekommen, wie die besser vergüteten ErzieherInnen. Dieser Vorschlag wurde vom Gemeinderat angenommen.

Großflächiges Gewerbehalle mit Boardinghaus im zentralen Ortsbereich von Mintraching

In der Neufahrner Straße wird ein Gewerbeobjekt bestehend aus Gewerbe, Gastronomie und Wohnen auf Zeit entstehen. Es handelt sich um einen ca. 80 Meter langen Riegel, der unmittelbar im Anschluss zur Wohnbebauung entstehen wird. Im Bauausschuss kam von der CSU-Fraktion der Antrag, man möge doch diese massive Bebauung mit einem Bauungs- und Flächennutzungsplanverfahren begleiten, damit die Bürger und auch die Träger öffentlicher Belange Stellung zu diesem Projekt beziehen können. Ferner hätte man im Rahmen eines offiziellen Bauungsplanverfahrens auch Nutzungen festschreiben können, so dass spätere Umnutzungen bzw. Umbauten nur mit Zustimmung des Gemeinderates möglich wären. Wir hätten dieses Verfahren, wo auch die Interessen der Bürger zu Wort gekommen wären, auf jeden Fall für gut geheißen. Der Bauausschuss hat aber mit 5 : 5 Stimmen diesen Antrag abgelehnt. (Stimmengleichheit bedeutet, dass der Antrag abgelehnt ist) Schade, denn die Entscheidung ist nicht bürgerfreundlich. Eine Bürgerbeteiligung bei Gewerbeobjekten wurde vor und während des Wahlkampfes von vielen Personen, die in den neuen Gemeinderat gewählt wurden, immer wieder sehr lautstark eingefordert.